

# Der Vollzugsdienst

1/2019 – 66. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

**60. dbb Jahrestagung in Köln:  
Wir schaffen das –  
wer denn bitte sonst ?**

Deutschland ohne öffentlichen  
Dienst nicht vorstellbar

Seite 1

**Einrichtung für Abschiebungs-  
haft: JVA Eichstätt –  
Ein anderer Vollzug**

Unterbringung von Ausreisepflich-  
tigen ist eine Herausforderung

Seite 15

**Koalitionsvertrag 2019 – 2024:  
Wo geht es hin für den  
hessischen Justizvollzug ?**

Justizministerin Eva Kühne-Hörmann  
im Amt bestätigt

Seite 33

**Die Probleme im Justizvollzug sind mit  
dem Jahreswechsel nicht verschwunden –  
der BSBD kämpft weiter für  
Verbesserungen der Situation  
der Kolleginnen und Kollegen !**

Foto: © paulmz/AdobeStock



HAMBURG



SACHSEN



THÜRINGEN

# INHALT

## BUNDESHAUPTVORSTAND

- 1 Gesundes und frohes neues Jahr wünscht die BSBD Bundesleitung unseren Kolleginnen und Kollegen
- 2 60. dbb Jahrestagung in Köln: Wir schaffen das – wer denn bitte sonst?
- 3 100 Jahre dbb – Hundert Jahre und doch nicht alt
- 4 BSBD Frauenvertretung: 3. Arbeitskreissitzung vom 30.11. – 02.12.2018 in Berlin
- 5 Forderungen des dbb und seiner Mitgliedsgewerkschaften zur Einkommensrunde 2019
- 6 2. Bundesseniorenkongress – Anträge des BSBD
- 7 Die Fachzeitschrift „Vollzugsdienst“ war Seminarthema

## LANDESVERBÄNDE

- 8 Baden-Württemberg
- 15 Bayern
- 17 Berlin
- 21 Brandenburg
- 28 Bremen
- 29 Hamburg
- 33 Hessen
- 38 Mecklenburg-Vorpommern
- 41 Niedersachsen
- 42 Nordrhein-Westfalen
- 56 Rheinland-Pfalz
- 61 Saarland
- 63 Sachsen
- 66 Sachsen-Anhalt
- 70 Schleswig-Holstein
- 71 Thüringen
- 62 Impressum



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion

 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

<b>Bundesvorsitzender</b>	René Müller	rene.mueller@bsbd.de <b>www.bsbd.de</b>
<b>Stellv. Bundesvorsitzender</b>	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd.de
<b>Stellv. Bundesvorsitzender</b>	Sönke Patzer	soenke.patzer@bsbd.de
<b>Stellv. Bundesvorsitzender</b>	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd.de
<b>Stellv. Bundesvorsitzender</b>	René Selle	rene.selle@bsbd.de
<b>Stellv. Bundesvorsitzende Schriftleitung</b>	Anja Müller	<b>vollzugsdienst@bsbd.de</b>
<b>Geschäftsstelle:</b>	<b>Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands</b> Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de	
<b>Landesverbände</b>	<b>Vorsitzende</b>	
<b>Baden-Württemberg</b>	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bw.de
<b>Bayern</b>	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
<b>Berlin</b>	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
<b>Brandenburg</b>	Rainer Krone	bsbdbrb@t-online.de www.bsbd-brb.de
<b>Bremen</b>	Werner Fincke	werner.fincke@JVA.BREMEN.de
<b>Hamburg</b>	Thomas Wittenburg	thomas.wittenburg@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
<b>Hessen</b>	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>	Hans-Jürgen Papenfuß	hans_j_papenfuss@me.com www.bsbd-mv.de
<b>Niedersachsen</b>	Uwe Oelkers	uwe.oelkers@vnsb.de www.vnsb.de
<b>Nordrhein-Westfalen</b>	Peter Brock	bsbd-p.brock@t-online.de www.bsbd-nrw.de
<b>Rheinland-Pfalz</b>	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
<b>Saarland</b>	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
<b>Sachsen</b>	René Selle	rene.selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
<b>Sachsen-Anhalt</b>	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-Isa.de www.bsbd-Isa.de
<b>Schleswig-Holstein</b>	Thomas Steen	steen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
<b>Thüringen</b>	Jörg Bursian	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

**ERSCHEINUNGSTERMIN**

der Ausgabe 2/2019:



**16. April 2019**

## Gesundes und frohes neues Jahr wünscht die BSBD Bundesleitung unseren Kolleginnen und Kollegen

**W**ir hoffen, dass unsere Kolleginnen und Kollegen im Justizvollzug die Weihnachtsfeiertage besinnlich entspannt und den Jahreswechsel vor allem frei von Vorkommnissen verbringen konnten. Es wird keinen verwundern, dass allein mit dem Jahreswechsel die Probleme im deutschen Justizvollzug nicht verschwunden sind. Wie auch in den letzten Jahren kämpfen wir um Nachwuchs, die Schaffung besserer und konkurrenzfähiger Leistungen für unsere Kolleginnen und Kollegen seitens des Arbeitgebers, die Beseitigung des Personaldefizits und einen besseren Ausgleich für die gestiegenen Anforderungen im täglichen Dienst, ebenso wie für die allgemeine Verbesserung der Situation im Justizvollzug. Der Kampf gegen Gewalt und Radikalisierung von Gefangenen, die Überbelegung der Haftanstalten und stellenweise marode Bau- und Sicherheitstechnik, aber vor allem gegen die wieder auftretende Ignoranz politischer Instanzen und Personen für die Belange des Justizvollzuges wird uns auch in diesem Jahr wieder begleiten. Ein wesentlicher Faktor ist wie immer die feh-



V.l.n.r.: Sönke Patzer, René Selle, Anja Müller, Horst Butschinek, Alexander Sammer, René Müller.

lende Bereitschaft vieler Landesregierungen entsprechende finanzielle Mittel bereitzustellen. Es ist Aufgabe der Gewerkschaft „den Finger in die Wunde zu legen“ und dahin zu gehen „wo es wehtut“ und das im Interesse unserer Mitglieder, der Mitarbeiter des Vollzuges, für die Sicherheit der Bürger in unserem

Land und damit letztendlich auch im Interesse für uns selbst und unsere Angehörigen. Wir als BSBD Bundesleitung vertrauen darauf, dass uns unsere Mitglieder wie im vergangenen Jahr durch Informationen, Rückmeldungen und konstruktive Kritiken unterstützen.

Auf ein Neues! René Müller ■

### 60. dbb Jahrestagung in Köln

## Wir schaffen das – wer denn bitte sonst?

Deutschland ohne öffentlichen Dienst nicht vorstellbar

**I**n der Zeit vom 6. bis 8. Januar 2019 fand bereits zum 60. Male die Jahrestagung des dbb in Köln statt. In diesem Jahr stand sie unter dem Motto „100 Jahre Frauenwahlrecht – 70 Jahre Grundgesetz – 30 Jahre Friedliche Re-

volution: Vereint in Einigkeit und Recht und Freiheit?“

Wie immer begann die Jahrestagung mit einem Abend in der Kölner Flora. Dort ergaben sich bei gutem Essen und Getränken viele Gelegenheiten zu inte-

ressanten Gesprächen mit dbb Vertretern und Kolleginnen und Kollegen aus nahezu allen Fachgewerkschaften.

Die BSBD Bundesleitung, unter der Führung des Vorsitzenden René Müller, war fast vollständig angetreten und konnte die besonderen Belange des Strafvollzuges darlegen.

Der zweite Tag begann mit einer Rede des dbb Bundesvorsitzenden Kollege Ulrich Silberbach. Er forderte massive Investitionen in den öffentlichen Dienst. Gerade vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und einer immer stärker werdenden Konkurrenz mit der privaten Wirtschaft müsse der öffentliche Dienst auch monetär gestärkt werden um Schritt zu halten. „Deutschlands öffentlicher Dienst – das sind 4,6 Millionen Frauen und Männer, die sich der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verpflichtet haben und Verantwortung für das große Ganze übernehmen. Es ist höchste Zeit, dass wir diese Expertise und das Know-how anerkennen. Dass wir es wertschätzen. Dass wir uns einen gesunden Stolz auf



Eingang zur dbb Jahrestagung 2019.

Fotos (4): Marco Urban



Mitglieder des BSBD bei der Jahrestagung des dbb.

dieses starke Team erlauben und sagen: Die können das. „Die machen das. Und die schaffen das – wer denn bitte sonst?“ erläuterte Kollege **Silberbach** unter dem Applaus der Anwesenden.

Die Kölner Oberbürgermeisterin **Henriette Reker** begrüßte die Delegierten im Namen der Stadt Köln.

Anschließend war im Programm eigentlich ein Auftritt des Bundesministers des Innern, **Horst Seehofer**, ausgewiesen. Leider musste dieser aufgrund des Datenklaus von deutschen Politikern in Berlin bleiben.

Dafür war aber der Staatssekretär im Bundesinnenministerium **Stephan Mayer** anwesend. Er führte in seiner Rede unter anderem aus, dass Deutschland Dank des starken öffentlichen Dienstes heute ein international geachtetes Land und eine der stärksten Volkswirtschaften weltweit ist. „Ich glaube, man kann sagen: Deutschland geht nicht ohne öffentlichen Dienst“. Zum Thema Einbeziehung von Beamtinnen und Beamten in die gesetzliche Kranken- und Rentenversicherung führte **Mayer** aus, dass die Personalausgaben des öffentlichen Dienstes allein aufgrund der notwen-

digen Anhebung der Besoldung um die Höhe der Sozialversicherungsbeiträge massiv steigen würden. Er erteilte solchen Bestrebungen eine klare Absage! Mit Spannung erwartet wurde anschlie-



Über den Tellerrand sehen im Austausch mit anderen Gewerkschaftskollegen.

ßend der Vortrag von Bundesjustizministerin **Katarina Barley**. Er stand unter der Überschrift „Demokratie in der digitalen Welt“. Hier nahm sie insbesondere die Rolle der neuen Medien für gesellschaftliche Debatten in den

Blick. Sogenannte „Filter Bubbles“ sorgen in sozialen Netzwerken regelmäßig für Verwirrung und erschweren die Einschätzung, was richtig und was falsch ist. Es gäbe allerdings auch positive Effekte der Digitalisierung. So könnten beispielsweise Bürger auf kommunale Entscheidungen schneller und besser Einfluss nehmen.

Der letzte Redner an diesem Tag war dann Ministerpräsident **Armin Laschet** aus Nordrhein-Westfalen. Unter gewerkschaftspolitischen Aspekten war insbesondere sein Statement zum öffentlichen Dienst interessant. „Wenn wir die besten Köpfe für den öffentlichen Dienst haben wollen – Experten, die beispielsweise die Daten der Bevölkerung verlässlich schützen und die Digitalisierung wirkungsvoll vorantreiben können – müssen wir bessere Voraussetzungen schaffen“. „Im Wettbewerb um hochqualifizierte Fachkräfte kann der öffentliche Dienst nur mithalten, wenn er auch gutes Einkommen bietet.“ Das fand großen Zuspruch der anwesenden Gewerkschafter. Am Ende des ersten Veranstaltungstages stellte sich

eine Expertenrunde den Fragen des Publikums.

**Peter Biesenbach**, Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen, **Prof. Dr. Hans-Günter Henneke**, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen



Podiumsdiskussion.



100 Jahre dbb

## Hundert Jahre und doch nicht alt

BSBD Bundesvorsitzender René Müller berichtet vom Festakt am 29. November 2018

Bei einem Festakt zum 100-jährigen Gründungsjubiläum des Deutschen Beamtenbundes (dbb) am 29. November 2018 mit dem Bundespräsidenten **Frank-Walter Steinmeier** rief der dbb Bundesvorsitzende **Ulrich Silberbach** die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zur Verteidigung der Demokratie auf. „Wir dienen immer und zuerst der freiheitlich-demokratischen Grund- und Werteordnung, die das friedliche Zusammenleben unserer gesamten Gesellschaft ermöglicht“, so **Steinmeier**. Und weiter: „Viele Bürgerinnen und Bürger haben in zentralen Bereichen ihres Alltags den Eindruck, dass nicht mehr in ausreichendem Maß für ihre Bedürfnisse gesorgt wird. Bildung, Arbeit, Gesundheit, Sicherheit, Infrastruktur – die Menschen haben begründete Zukunftssorgen und Fragen.“ Dadurch droht der Verlust des Vertrauens in das Funktionieren der Demokratie und des Staates. Schuld daran seien auch der Glaube an die Versprechungen der Privatisierung und des Wettbewerbs in den vergangenen Jahrzehnten.

Der dbb habe sich dagegen immer gewehrt und für eine flächendeckende Sicherstellung staatlicher Dienstleistungen in bester Qualität geworben.

„Wir wollen ein klares Bekenntnis: Gleich- und hochwertige Versorgung geht vor Wettbewerb. Jeder Mensch in Deutschland soll sich darauf verlassen können, dass der öffentliche Dienst überall im Land, egal wo, für ihn da ist. Es ist an der Zeit, dass der Staat

wieder wahrhaftig und greifbar an der Seite seiner Bürgerinnen und Bürger steht“, stellte der dbb Chef klar. Ziel ist und bleibt ein fortschrittlicher, sicherer und verlässlicher Staat und die stetige Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen für die Mitglieder und



Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier mit dem dbb Bundesvorsitzenden Ulrich Silberbach.

Angehörigen des öffentlichen Dienstes. Diesen Appell an Gesellschaft und Politik bekräftigt der BSBD vorbehaltlos. Ein starker öffentlicher Dienst ist der Garant für die stetige Funktionsfähigkeit eines Staates und die innere Sicherheit des Landes auch in politisch unruhigen Zeiten zu gewährleisten. Dies bekräftigte Bundespräsident **Frank-**

Landkreistages, und **Prof. Dr. Matthias Pechstein** von der Europa-Universität Viadrina stellten sich nach der krankheitsbedingten Absage von Bundestagspräsident **Wolfgang Schäuble** spontan als Experten für die Fragerunde am 7. Januar 2019 in Köln zur Verfügung.

Zum Abschluss der 60. dbb Jahrestagung diskutierte am 8. Januar 2019 eine hochkarätig besetzte Runde vor dem Hintergrund „100 Jahre Frauenwahlrecht“ über den Stand der Gleichstellung in Deutschland und die Situation von Frauen im öffentlichen Dienst.

Insgesamt war es auch diesmal eine gelungene Veranstaltung, die vor allem durch den Austausch mit Vertretern der anderen Fachgewerkschaften abseits des offiziellen Teils ihren besonderen Charme entfaltete.

Auf ein Wiedersehen in 2020!

*Horst Butschinek*

**Walter Steinmeier** in seiner Rede im Rückblick auf die deutsche Geschichte und das hundertjährige Bestehen des dbb. Dabei erwähnte er auch die unruhigen Zeiten der NS-Diktatur und die Rolle der Beamten während dieser Zeit. „Mut zu eigenem Denken und eigenem Urteil und notfalls der

Mut – ja, die Pflicht zum Widerspruch. Das erwarten wir von allen Frauen und Männern, die sich in den Dienst unseres Staates stellen. Ich zähle auf Ihr Engagement für die Demokratie. Denn jede Arbeit im öffentlichen Dienst ist mehr als nur ein Job, sie ist ein Dienst am und für das Gemeinwesen. Im Umkehrschluss ist auch der Staat gegenüber seinen Beschäftigten und Beamten verpflichtet. Dazu gehört eine ordentliche Ausstattung des öffentlichen Dienstes. Das meint natürlich eine gute Personalausstattung und eine ordentliche Bezahlung.“

(Aus der Rede des Bundespräsidenten zum Festakt.)

Hundert Jahre dbb sind hundert Jahre Gewerkschaft, das sind hundert Jahre Kampf und hundert Jahre Entwicklung für eine sichere Zukunft und eine starke Gemeinschaft der Beschäftigten und Beamten im öffentlichen Dienst.

Auf der Veranstaltung zum 100-jährigen Gründungsjubiläum nahmen die meisten Bundesvorsitzenden der dbb

Fachgewerkschaften und Landesbünde teil, so dass sich am Rande der Veranstaltung die Gelegenheit zu einem Erfahrungs- und Informationsaustausch bot. Zwischen den Justizgewerkschaften ist verabredet, noch enger zusammen zu arbeiten. Mit dem Vorsitzenden des Deutschen Richterbundes (DRB) **Jens Gnisa** wurde die Übereinkunft getroffen, die Zusammenarbeit zwischen dem **BSBD**, dem **DRB** und den weiteren Justizgewerkschaften zu intensivieren. Weitere Gespräche sind in diesem Jahr zuzüglich zur **AG Justiz** geplant, um Überschneidungen in der Gewerkschaftsarbeit auszuloten und gemeinsame Ziele zu erörtern. Uns eint vor allem das hohe Personaldefizit im



**Eine Intensivierung des Informationsaustauschs zwischen den Vertretern der Justizgewerkschaften wurden am Rande der Veranstaltung vereinbart.**

Fotos (3): BSBD



**Bundesvorsitzender des BSBD René Müller (r.) mit dem Vorsitzenden des Deutschen Richterbundes (DRB) Jens Gnisa im Gespräch.**

Justizbereich und die mangelnde Besetzung vorhandener Stellen. Hierüber gab es bereits erste Gespräche zwischen dem **DRB** und dem **BSBD** zum Zeitpunkt der letzten Koalitionsgespräche nach der Bundestagswahl, die eine Erhöhung der Richterstellen beinhalteten aber den Justizvollzug als Folgepersonal betrachteten. Klar ist, dass eine Erhöhung der Polizei- und Richterstellen laut Koalitionsvertrag für den Justizvollzug nicht folgenlos bleibt und eine Zunahme von Inhaftierten in den kommenden Jahren zu erwarten ist. Da der Justizvollzug in den meisten Ländern

ein hohes Personaldefizit und mangelnde Haftplatzkapazitäten verzeichnet, ist eine kurzfristige Besserung der Lage nicht zu erwarten. Dieses Problem ist auch der deutschen Richterschaft bekannt und sorgt für Fragen, unter anderem wie Verfahren sichergestellt und Urteile vor allem im Strafrecht und Jugendrecht zeitnah umgesetzt werden können. Letztendlich geht es darum, auch künftig ein gut funktionierendes Rechtssystem sicherzustellen und die Belastung der Mitarbeiter in der Justiz auf ein erträgliches Maß zurückzuführen. ■

**BSBD Frauenvertretung:**

### **3. Arbeitskreissitzung vom 30.11. – 02.12.2018 in Berlin**

Gespräch mit Helene Wildfeuer und die Besichtigung der JVA Moabit standen auf dem Programm

**Die Landesfrauenvertretungen der BSBD Landesverbände trafen sich zu Arbeitsgesprächen im Dezember 2018 in Berlin.**

Zur Eröffnung der Arbeitskreissitzung konnte als Gastrednerin Frau **Helene Wildfeuer**, Vorsitzende der **dbb** Bundesfrauenvertretung, gewonnen werden. Frau **Wildfeuer** referierte zum Thema „**Diskriminierungsfreies Fortkommen**“. Sie stellte in ihren Ausführungen die künftigen Forderungen der **dbb** Bundesfrauenvertretung dar.

Insgesamt 11 Teilnehmerinnen aus 10 Bundesländern stimmten den Forderungen der **dbb** Bundesfrauenvertretung weitgehend zu. Ein Thema der AK-Sitzung waren die Beurteilungsrichtlinien der Bundesländer.

Bei einem Vergleich der einzelnen Bundesländer konnte festgestellt werden, dass zumindest die Beurteilungsrichtlinien genderneutral gestaltet sind.

Aus Sicht des Arbeitskreises wäre es jedoch wünschenswert, dass Führungskräfte intensiver in der Erarbeitung von Beurteilungen geschult werden, um eventuelle Benachteiligungen aufgrund von Teil- und Elternzeit zu vermeiden. Die Teilnehmerinnen stellten fest, dass sich Teil- und/oder Elternzeit häufig negativ auf Beurteilungen auswirken. Somit hat es auch einen indirekten nachteiligen Einfluss auf weiterführende Beförderungen. Es waren sich alle Anwesenden einig, dass derartige negative Auswirkungen von Elternzeit und/oder Teilzeit zur Pflege von Angehörigen nicht tolerierbar sind. Die Frauen-

vertretungen werden in den Ländern weiter darauf drängen, dass derartige Beurteilungsfehler vermieden werden. Die **dbb** Bundesfrauenvertretung hat in den letzten Jahren sehr aktiv daran gearbeitet, diskriminierungsanfällige Faktoren bei der dienstlichen Beurteilung zu benennen und Lösungsvorschläge zu erarbeiten.

Ein weiteres Thema der Tagung war der Umgang mit schwangeren Bediensteten. Hier agieren die Bundesländer offensichtlich unterschiedlich. Teilweise werden Schwangere in Dienstposten ohne Gefangenenkontakt eingesetzt, dies empfinden jedoch manche Frauen eher als diskriminierend und nicht als Schutz. Ist ein Einsatz ohne Gefangenenkontakt nicht möglich, wird oftmals ein Beschäftigungsverbot durch den

betreuenden Arzt oder die Dienststelle ausgesprochen. Häufig ist dies nicht im Sinn der betroffenen Kollegin und nachteilig für die Dienststelle. Hier werden innovative Lösungsansätze, Kreativität im Einsatz und Engagement der Dienststelle benötigt.

Unsere Mitarbeiterinnen fühlen sich oft gerade in schwierigen Situationen von ihren Führungskräften und Verantwortlichen der Dienststellen allein gelassen.

Die aufgezeigten Problematiken verdeutlichen, dass Handlungsbedarf besteht, um Frauen den Weg zur Karriere nicht zu erschweren. Deshalb fordert

der **AK Frauen** von den Führungskräften ein Umdenken, in der Beförderungspraxis und ein diskriminierungsfreies Fortkommen, einheitliche Erstellung und Offenlegung von Statistiken zur Beförderungspraxis von Bund und Ländern im Justizvollzug, die die vorhandenen Unterschiede in der Beförderung von Teil- und Vollzeitbeschäftigten aufzeigen, wie auch die Unterschiede in Altersstruktur, die prozentuale Verteilung von Frauen und Männern in Beförderungsamtern und ggf. die Unterschiede zwischen Tages- und Vollschildienstleistenden. Nur loyale, neutrale, unvoreingenommene Einschätzungen von

Arbeitsleistungen führen zur Objektivität von Beurteilungen und Toleranz bei den Mitarbeitern.

Laut Koalitionsvertrag kommt dem öffentlichen Dienst eine Vorbildfunktion für die Gleichstellung von Frauen und Männern zu. Wir fordern eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern ohne Diskriminierung in jedem Bundesland.

Die nächste Arbeitskreissitzung wird sich mit der weiteren Wahrnehmung von Aufgaben, sowie Umfang des Arbeitskreises, die zukünftige Zielsetzung und die Ausrichtung des Arbeitskreises beschäftigen. ■



Helene Wildfeuer im Austausch mit den Vertreterinnen des BSBD.

Foto: BSBD

## Forderungen des dbb und seiner Mitgliedsgewerkschaften zur Einkommensrunde 2019

Am 20. Dezember 2018 haben sich die zuständigen Gremien des **dbb** auf Forderungen zu der Einkommensrunde 2019 mit der **Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL)** sowie dem nicht in der TdL vertretenen Land Hessen in Berlin geeinigt. Nach ausführlicher Diskussion aller anwesenden Fachgewerk-

schaften und deren Vertreter wurden folgende Forderungen beschlossen.

- Erhöhung der Tabellenentgelte um 6 % auf 12 Monate, mindestens 200 €.
- Erhöhung der Ausbildungs- und Praktikantenentgelte um 100 €.
- Erhöhung der Pflgetabelle zusätzlich um 300 €.

- Wiederinkraftsetzung der Vorschrift zur Übernahme von Auszubildenden – Schaffung von Regelungen über die Ausbildungsbedingungen von Studierenden in ausbildungs-/praxisintegrierten dualen Studiengängen

### Weiterhin wollen wir:

- Vereinbarung einer neuen Entgeltordnung, die die Arbeit der heutigen Beschäftigten angemessen honoriert.
  - Weiterentwicklung der Entgeltordnung Lehrkräfte, insbesondere Realisierung der Paralleltabelle.
  - Erhöhung des Zusatzurlaubs für Wechselschicht-/Schichtarbeit in Unikliniken und Krankenhäusern um 50 %.
  - Erhöhung des Samstagzuschlags in Universitätskliniken und Krankenhäusern auf 20 %.
  - Erhöhung des Urlaubs für Auszubildende/Praktikanten auf 30 Tage.
  - Zeitgleiche und systemgerechte Übertragung des Volumens auf den Beamtenbereich.
- Sönke Patzer, stellv. Bundesvorsitzender  
Vors. AK Tarif BSBD ■



Vertreter aus S-H in Berlin bei der Forderungsfindung zum TVL. v.l.n.r.: Lothar Christiansen (komba S-H), Kai Tellkamp (dbb sh Vorsitz und komba), Ludwig Klemm (stellv. dbb Vorsitz sh und komba), Wolf-Dieter Müller deutschen Justizgewerkschaft und Sönke Patzer stellv. Bundesvorsitzender der BSBD, Vors. AK Tarif BSBD Bund, LV S-H Tarif.

Foto: © Christiansen privat



## Appell zur Kampfbereitschaft für die anstehenden Tarifverhandlungen

Der **dbb** und damit auch die Fachgewerkschaften und Landesbünde des **dbb** stellen klar, dass ein kommendes Tarifergebnis die hervorragende Arbeit beider Statusgruppen widerspiegeln muss. **Die Forderungen an die Arbeitgeberseite sind klar formuliert.** Klar ist aber auch dies: **Wir bekommen nichts geschenkt! Für unsere Interessen müssen wir gegebenenfalls auch kämpfen.** Deshalb müssen wir gemeinsam kampfbereit sein, sollte der Arbeitgeber eine Verweigerungshaltung einnehmen und der **dbb** Aktionen durchführen müssen. Beschäftigte und Beamte ziehen an einem Strang! ■

## 2. Bundesseniorenkongress – Anträge des BSBD

Zentrale Forderung: Ein Verbot der Diskriminierung aufgrund des Alters gesetzlich zu verankern

**A**nlässlich des Bundesseniorenkongresses im **dbb**, der im Oktober in Berlin stattfand, hat der **BSBD** zwei Anträge eingereicht, die von den Delegierten einstimmig angenommen wurden. Auf diese gehe ich nachfolgend erläuternd ein.

### Altersdiskriminierung

Der **BSBD** hat die **dbb** bundesseniorenvertretung aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass der Gesetzgeber verbindliche Regelungen zum Schutz seiner Bürger schafft.

Als Begründung haben wir angeführt, dass nach dem Grundgesetz alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind. Also alles in Ordnung? Leider nein. Das „Allgemeine Gleichstellungsgesetz“ erlaubt eine Reihe von Ausnahmen und Rechtfertigungsmöglichkeiten.

Bei privaten Versicherungen dürfen z. B. höhere Tarife berechnet werden, wenn statistisch begründet eine größere Risikowahrscheinlichkeit besteht. Die versicherungsmathematischen Kalkulationen müssen jedoch nicht offengelegt werden. Und sind dadurch kaum nachvollziehbar. Auch im Arbeitsrecht räumt der Gesetzgeber zu große Gestaltungsspielräume ein. Es reicht aus, eine unterschiedliche Behandlung von Altersgruppen schlüssig zu begründen.

Das kann sowohl ältere wie jüngere Menschen treffen.

Ob Entscheidungen tatsächlich objektiv begründet, durch ein legitimes Ziel gerechtfertigt, oder eher auf Altersstereotype zurückzuführen sind, lässt sich nicht immer mit Sicherheit klären.

Eine zentrale Forderung an den Gesetzgeber ist es also, ein Verbot der Diskriminierung aufgrund des Alters – ausnahmslos für alle Lebensbereiche – gesetzlich verbindlich zu verankern.

### Vertretungsvollmacht zwischen Eheleuten

Das „Gesetz zur Verbesserung der Beistandsmöglichkeiten unter Ehegatten und Lebenspartnern in Angelegenheiten der Gesundheitsvorsorge und zur Anpassung der Betreuer- und Vormündervergütung“, welches der Bundestag



Klaus Neuenhüsges.

am 18. Mai 2017 beschlossen hatte, war am 7. Juli 2017 in der letzten Sitzung des Bundsrats vor der Bundestagswahl nicht Gegenstand der Beschlussfassung.

Der Gesetzentwurf ist damit gescheitert, da dieser noch dem sogenannten Diskontinuitätsprinzip unterliegt.

Als Begründung haben wir angeführt, dass sich Ehegatten bislang nicht automatisch gegenseitig

vertreten können. Ausnahmen dabei sind lediglich Geschäfte zur Deckung des Lebensbedarfs, sogenannte Alltagsgeschäfte.

Dennoch geht immer noch die Mehrheit davon aus, dass in einem Notfall, in dem der eine Partner z. B. durch einen Unfall nicht mehr in der Lage ist, seine eigenen Angelegenheiten zu regeln, der andere automatisch berechtigt sei, dies für ihn zu tun.

Aus unserer Sicht muss das Gesetz zügig das Licht der Welt erblicken.

Klaus Neuenhüsges,  
Bundesseniorenvertreter ■

### Hinweis für die Seniorenvertreter der Landesverbände

Die nächste Sitzung des Seniorenausschusses findet statt vom **09. – 10. September 2019** in Mainz. **Kollege Luzius** hat freundlicherweise die Organisation übernommen. Weitere prozessleitende Informationen ergehen rechtzeitig. Ich bitte um Vormerkung des Termins.

Klaus Neuenhüsges ■



Foto: © VRD/Fotolia.com



Die Teilnehmer des Seminars zum Thema „Fachzeitschrift Vollzugsdienst“.

Foto: BSBD

## Die Fachzeitschrift „Vollzugsdienst“ war Seminarthema

Viele Ideen und Anregungen beschlossen und formuliert

Viele, aber leider nicht alle Landesverbände hatten Kolleginnen und Kollegen nach Königswinter zum obigen Seminar entsandt. Allein sechs Landesvorsitzende nahmen persönlich an der Veranstaltung teil. Selbstverständlich war auch die Verantwortliche für den Vollzugsdienst aus den Reihen der Bundesleitung, Kollegin Anja Müller, als Referentin nach Königswinter angereist.

Der erste Tag stand im Zeichen des Istzustandes unserer Fachzeitschrift. Hier konnten die Teilnehmer ihre Vorstellungen und Eindrücke schildern und auch Kritik üben. Fragen wie: Ist das Printmedium „Vollzugsdienst“ noch sinnvoll? Wird er überhaupt noch gelesen? Was interessiert die Leser?

Auch berichtete die Redaktionsleiterin über ihre Arbeit und die Probleme, mit denen sie bei jeder Ausgabe konfrontiert wird.

Fast alle Anwesenden sprachen sich für die Beibehaltung der Fachzeitschrift aus. Kollegin Müller wies auch darauf hin, dass in der beim BSBD-Gewerkschaftstag in Rostock verabschiedeten Satzungsänderung dezidiert der Bestand der Fachzeitschrift festgeschrieben wurde.

Der zweite Seminartag stand im Zeichen der Zukunft des Vollzugsdienstes. Karlheinz Löffel, Geschäftsführer der MedienPartner GmbH aus Lahr/BW, berichtete über die Arbeit seines Verlages bei der Erstellung der Zeitschrift.

Schon Jahrzehnte ist Herr Löffel mit dem Vollzugsdienst verbunden, schon viele BSBD Schriftleitungen waren seine Ansprechpartner.

Viele wichtige Hinweise zu den Beiträgen der einzelnen Landesverbände wie Schriftgröße, Qualität der Bilder und viele weitere Vorgaben erläuterte der Geschäftsführer der MedienPartner Gruppe.

den Hauptvorstandssitzung im März in Dresden vorstellen.

Der letzte Seminartag stand unter dem Motto: **Medienarbeit im BSBD**. Nach einer kurzen Einführungsdiskussion wurden in drei Gruppen Fälle bearbeitet. Die Gruppenergebnisse wurden anschließend im Plenum vorgestellt und besprochen. Auch hier stand schnell fest, dass eine engagierte und kreative



Auch der Entwurf eines neuen Layouts wurde mit viel Engagement diskutiert. Anschließend wurden die vielen Ideen und Anregungen der Seminargruppe beschlossen und formuliert. Anja Müller wird die Vorschläge mit der Bundesleitung erörtern und bei der anstehen-

Seminargruppe zusammen gekommen war. Die Ergebnisse waren überzeugend und zielorientiert.

Allen Kolleginnen und Kollegen, die das Seminar durch ihre Teilnahme bereichert haben, sei herzlich gedankt.

Winfried Conrad